



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 29. Juni 2015

Dringlichkeitsantrag zur Vollversammlung am 01. Juli 2015:

München unterstützt eine verlässliche Zustellung von Briefen, Päckchen und Paketen – ohne Lohndumping und Armutslöhne

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtratsvollversammlung beauftragt Oberbürgermeister Dieter Reiter, sich im Rahmen zuständiger Gremien, insbesondere des Bayerischen und Deutschen Städtetags, dafür einzusetzen, dass die Post AG durch Organisationsstruktur und tarifliche Entgeltstruktur gewährleistet, dass sowohl der Versorgungsauftrag für die Bürger auf qualitativ hohem Niveau erfüllt wird, als auch die Beschäftigten nicht aufgrund von Lohndumping und Armutslöhnen zuzahlende Leistungen nach dem SGB II beantragen müssen.

Begründung:

Das Anliegen der Beschäftigten der Post AG und der DHL, für Ihre gute Arbeit auch eine angemessene Vergütung zu erhalten, ist für die Landeshauptstadt absolut unterstützenswert. Die Landeshauptstadt sollte sich auch gegen alle Versuche wenden, durch die geplanten Ausgründungen von 49 DHL Delivery GmbHs einem ungezügelt Subunternehmertum mit entsprechendem Lohndumping Tür und Tor zu öffnen. Eine verlässliche Zustellung von Briefen, Päckchen und Paketen ist sowohl essentieller Bestandteil der grundlegenden kommunalen Daseinsvorsorge als auch des Versorgungsauftrags der Post AG.

Die Beschäftigten sind empört über die Versuche der Post AG, trotz zunehmenden Leistungsdrucks in den neu gegründeten Sub-Unternehmen Arbeitsverträge abzuschließen, die auf eine Lohnkürzung von 20% hinauslaufen. Dem steht ein Betriebsergebnis 2014 von rd. 3 Mrd. Euro gegenüber, die auszuschüttende Dividende wurde von 80 Cent auf 85 Cent erhöht.

Seit fast vier Wochen hat die Gewerkschaft ver.di nun die Beschäftigten der Post AG zum Streik für eine moderate Lohnerhöhung und eine Verkürzung der Arbeitszeit aufgerufen. Insbesondere der Bund als größter Aktionär steht in der Verantwortung, nicht die Gewinnmaximierung, sondern die flächendeckende Versorgung der Bürger als handlungsleitende Maxime zu gewährleisten. Durch Armutslöhne würde diese Gewinnmaximierung auch auf dem Rücken der Kommunen erfolgen – gerade in einer teuren Stadt wie München.

Die Dringlichkeit ist gegeben, da durch die anhaltenden und sich ausweitenden Streiks die Versorgung der Münchner Bürgerinnen und Bürger mit Postdienstleistungen gefährdet ist.

Cetin Oraner (DIE LINKE.), Brigitte Wolf (DIE LINKE.)

DIE LINKE. Stadtratsgruppe

Rathaus, Marienplatz 8 • Stadtratsbüro: Zimmer 175– 176 • 80331 München
DIE LINKE: Telefon: 089 / 233 – 252 35 • Fax: 089 / 233 – 281 08 • E-Mail: info@dielinke-muenchen-stadtrat.de